

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Zahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen

Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamzeile 50 Pf.

Schriftleitung und
Geschäftsstelle:

Bad Ems, Kaiserstr. 56.

Telefon Nr. 7.

Verantwortlich für die
Schriftleitung:

Rich. Klein, Bad Ems

Nr. 213

Bad Ems, Mittwoch, den 17. September 1919

71. Jahrgang

Ordnung des preussischen Beamtenrechts.

Der Haushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung beschloß in Fortsetzung seiner Beratungen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Beamten eine einmalige Vermögensbeihilfe in der Höhe von 600 Mark für ledige, 800 Mark für kinderlos Verheiratete und 200 Mark für Witwen zu gewähren. Gleichzeitig wird die Staatsregierung ersucht, mit dieser Vorlage eine solche für die Staatsbeamten zu verbinden. Ferner wurde beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, in die Verfassungsurkunde Bestimmungen aufzunehmen, durch die die Rechte der Beamten gesichert werden. Mit möglichster Beschleunigung soll ein Beamtenengesetz vorgelegt werden, das die Beamten gegen die Entziehung von Amt und Einkommen und die Hinterbliebenenversorgung sichert. Bei jeder Stelle oder Dienststelle, die wenigstens zehn Beamte umfaßt, soll ein Beamtenausschuß und für jede Provinzialbehörde ein Beamtenkammer vorgeschrieben werden. Sind bei einer Behörde weniger als zehn Beamte vorhanden, so ist durch Zusammenlegung der Beamten bestimmter Behörden ein Beamtenausschuß zu wählen, und wenn nicht möglich ist, ein Vertrauensmann. Ferner soll die Beurlaubung der Beamten vornehmlich die Zahl Lebensjahre maßgebend sein. Dem Beamten soll der Urlaub in eine öffentliche Körperschaft gestattet werden, die er eines Urlaubs bedarf und Stellvertretungskosten tragen hat. Freies Koalitions- und Versammlungsgesetz, die Pressefreiheit und Freiheit der politischen Meinung sollen gewährleistet sein. Im Disziplinarverfahren soll eine Berufungsinstanz eingeführt und das Wiederaufnahmeverfahren vorgesehen werden. Dem Beamten sollen stimmberechtigte Beisitzer aus der Dienststelle des Angeklagten beigegeben werden. Die Disziplinarverfahren sollen nach einer bestimmten Zeit vorwurfsfrei sein und aus den Akten entfernt werden. Im Ruhestands- und Pensionsgesetz soll die Kriegsdienstzeit angerechnet werden. Ferner soll den während des Krieges besonders angestregten Beamten, Angestellten und Arbeitern in diesem Jahre ein längerer Urlaub gewährt werden. Ferner sollen alle Kriegsbeschädigten, die früher Beamte des Staates, der Gemeinden und anderer Selbstverwaltungsorgane gestanden haben, wieder eingestellt werden, soweit es die dienstlichen Verhältnisse der Beamten Selbstverwaltungsorgane und der Lehrer nach bestehenden Grundsätzen fordern.

Regierungskrise wegen des Salutarzuges?

Am Montag sank die deutsche Saluta weiter bis auf 100 Mark. Es heißt in holländischen Blättern, daß auch dies nicht der tiefste Stand sei. Die internationalen Finanziers glauben, daß die holländischen Zustände in Deutschland einen baldigen Wechsel erfordern. Besonders nach dem Urteil amerikanischer Bankiers, die an der deutschen Einfuhr stark interessiert sind, sei dies das einzige Mittel, um Deutschland zu retten, und man müsse diese Krise beschleunigen.

Der deutsche Silberzins, der im Auftrage der Reichsregierung von der deutschen Gold- und Silberrücklage in Frankfurt festgesetzt wird, beträgt für die Woche 976 Mark, letzte Woche 839 Mark.

Der Putz in Fiume

Nach zu blutigen Zusammenstößen führen. Die Agrarblätter melden den Vormarsch dreier jugoslawischer Divisionen nach Fiume, um die Freischaren aus der Stadt zu vertreiben.

Der Oberste Rat der Alliierten hielt am Montag eine Sitzung ab, in denen er die wichtigsten der gemeinsamen Programme der auswärtigen Politik erörterte. Insbesondere der Befehl Fiumes durch d'Annunzio, der Oberste Rat, es der italienischen Regierung zu empfehlen, die Angelegenheit ins Reine zu bringen in der Hoffnung, daß dieses Handeln rein internen Charakter habe. Allerdings kam der Oberste Rat zu dem Schluß, daß die immer schwebende Frage in der kürzesten Frist nicht gelöst werden dürfte. Da unglücklicherweise die amerikanische Delegation noch immer ohne Instruktion seitens ihrer Regierung ist, konnte noch kein Beschluß gefaßt werden.

Die Friedensverhandlungen.

Gegen den bulgarischen Friedensvertrag haben die rumänische und die griechische Delegation wegen wirtschaftlicher und territorialer Klauseln Einspruch erhoben.

Aus Saloniki wird berichtet, daß die Bulgaren unter Zurücklassung schwacher Posten räumen.

In Amerika nimmt die Mißstimmung gegen den Friedensvertrag immer mehr zu. Wilson wird seine Reise in den nächsten Tagen beenden. Angeblich soll die Öffentlichkeit immer mehr von der Überzeugung gekommen sein, daß Amerika mit dem Vertrag nach Paris gehen müsse, um den Frieden zu ändern. Wilson soll die Zustimmung der Öffentlichkeit nicht gelingen sein, da auch die radikalen Arbeiter sich

nicht zur Unterstützung seiner Politik bereitfinden. Die französischen Blätter berichten aus New York über die Aufsehen erregende Erklärung des früheren amerikanischen Friedensbegeleiters Bullitt im Senatsausschuß in folgender Form. Bullitt teilte mit: Lansing habe am 19. Mai gesagt, wenn der amerikanische Senat und das amerikanische Volk die Tragweite dieses Vertrages erkennen, dann wird er nicht angenommen werden. Doch nur zwei Männer haben seiner Ansicht nach vielleicht ein Verständnis dafür: Knox und Lodge. Aber der Einfluß von Lodge geht nicht über die politischen Kreise hinaus, und nur Knox scheint mir der rechte Mann zu sein, um die amerikanische Öffentlichkeit in dieser Frage aufzuklären. Der „Matin“ meint dazu, daß die Aussicht auf die Annahme einschränkender Anträge ein wenig steigen werde.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

In der Wiederaufbaufrage ist in allen grundsätzlichen Fragen insoweit Einverständnis erzielt worden, als dies nach Lage der Sache zurzeit überhaupt möglich ist. Es werden zunächst einige typische Punkte der zerstörten Gebiete besichtigt werden und es wird danach besprochen werden, welche Arbeiten Deutschland übernehmen wird. Es handelt sich bei den jetzt geführten Verhandlungen nicht um die Schätzungsfragen, sondern es sind vielmehr Vorbesprechungen im Gange. Es handelt sich jetzt allein um die praktischen Fragen des Wiederaufbaues und darum, welche der im zerstörten Gebiete auszuführenden Arbeiten Deutschland übernehmen kann. Es handelt sich nur darum, daß das Deutsche Reich als Generalunternehmer im Großen Aufträge entgegennimmt, deren Wert nach kaufmännischen Grundsätzen zu berechnen und dem deutschen Reich gutzuschreiben ist.

Der „Times“ wird aus Warschau vom 6. September berichtet: Zwischen der französischen und polnischen Regierung wurde ein Abkommen zur Entsendung von 100 000 polnischen Arbeitern nach Frankreich getroffen. Die polnische Regierung erhielt dadurch die Möglichkeit, Kredite in französischem Geld aufzunehmen.

Die Auslieferungsfrage.

Die Alliierte Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit am Kriege hat nach weiterer Prüfung des Materials die Verfolgung gegen 17 weitere Deutsche eingestellt. Darunter befinden sich auch Großadmiral v. Tirpitz und zwei Landwehrkommandanten.

Gegen den Kaiserprozeß. Der „New York Times“ meldet aus Paris, daß der italienische parlamentarische Ausschuss für den Friedensvertrag in Versailles aus rechtlichen Erwägungen heraus gegen ein Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser ist. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß es nur im Interesse des Völkervertrages liege, daß Deutschland ihm sobald wie möglich beitrete.

Die besetzten Gebiete.

Im parlamentarischen Beirat für das besetzte Gebiet brachte der Abg. Dr. Heß folgende Anträge ein: „1. Der parlamentarische Beirat, ersucht den Herrn Reichskommissar, mit größtem Nachdruck dahin zu wirken, daß den Gemeinden, Körperschaften und Einzelpersonen die ihnen aus der Besetzung resultierenden Entschädigungen endlich restlos ausbezahlt werden. 2. Der parlamentarische Beirat hält es für selbstverständlich, daß die den Gemeinden und Einwohnern der besetzten Gebiete aus der Besetzung erwachsenden Unkosten, namentlich und in erster Linie, soweit sie aus der Gestellung von Wohnungen und Mobiliar hervorgerufen werden, restlos und den Verhältnissen entsprechend vom Reich getragen werden müssen. Er erwartet, daß alsbald ein Vorschusskredit von 100 Millionen zu Händen des Reichskommissars bewilligt wird.“

Deutschland.

Der Reichswehrminister Noske verteidigte auf dem sächsischen sozialdemokratischen Parteitag seine Politik, indem er erklärte: „Ich bin durchaus gewillt, meine militärischen Maßnahmen restlos zu decken. Wenn es heißt, das Leben von ein paar tausend Toffköpfen aufs Spiel zu setzen, um hunderttausende von ruhigen Bürgern zu retten, dann werde ich handeln wie in Berlin, Hamburg, Bremen und München. Die Hoffnung auf eine Weltrevolution ist eine Seifenblase. Ein Heer ohne Disziplin ist ein Affenspiel. Truppen mit selbstgewählten Führern springen im Moment der Gefahr auseinander wie Glas. Wenn ich bei einer Offiziersbeförderung die Wahl habe zwischen einem schlecht qualifizierten Sozialdemokraten und einem anständigen und ehrlichen Konservativen, dann bevorzuge ich den Konservativen. Die Affäre Reinhardt ist ein Spektakel, auf den viele hereingefallen sind. Der Gewährsmann des „Vorwärts“ ist ein überbelebter Mann, auf dessen Zeugnis hin ich nicht daran denke, einen Mann, dem die Regierung zu großem Danke verpflichtet ist, über die Mängel springen zu lassen.“

Der Preussens Vertreter beim Reichsrat. Preußen hat beschlossen, eine ständige Vertretung am Reichsrat zu unterhalten. Die 25 preussischen Stimmen werden so ausgebaut, daß sie von neun ständigen ordentlichen Mitgliedern in der Person der neun Minister und von 16 stellvertretenden außerordentlichen Mitgliedern geführt werden. Die Neubildung des Reichsrats soll nach Analogie des alten Bundesrats unter Berücksichtigung der neuen Verfassungsbestimmungen erfolgen.

Der Oberst Reinhardt, der bisherige preussische Kriegsminister, ist auf seinen Antrag seiner Stellung als preussischer Kriegsminister enthoben worden, da sein Posten gemäß der Reichsverfassung infolge Übergangs der Kommandogewalt auf das Reich erledigt ist. Oberst Reinhardt tritt in die Armee zurück. Mit ihm scheidet ein Mann aus dem Amte, der auf wichtigstem und schwierigstem Posten sich durch praktische Arbeit große Verdienste um die Entwicklung der neuen Heeresmacht erworben hat.

Ein neues Reichsamt wird durch das Gesetz über das Branntwein-Monopol notwendig. Die Aufsicht über die Monopolverwaltung übt der Reichsminister der Finanzen aus. Er kann mit den Behörden des Reiches und der Einzelstaaten in unmittelbarem Schriftverkehr treten.

Ein deutscher Schulverein in der Ostmark. Führende Männer aus dem Verbands der Lehrer, Oberlehrer, Vertreter aller Schulgattungen, der Geistlichkeit und des Laienelements aus Westpreußen und Posen gründeten am 14. September, einer Einladung der Vereinigung des deutschen Volkstums in Posen-Bromberg folgend, nach einem Vortrag des Gymnasialdirektors Trent den Verein zur Pflege des deutschen Schulwesens in den an Polen abzutretenden Gebieten. Der Verein wird seine Tätigkeit über das ganze abzutretende Gebiet ausdehnen und allenthalben Ortsgruppen ins Leben rufen. Schon in den nächsten Tagen wird er mit einem großen deutschen Schulprogramm vor die Öffentlichkeit treten. Damit ist endlich für die Betätigung der deutschen Bevölkerung an der Umgestaltung des deutschen Schulwesens die so dringend notwendige und von allen erwartete Organisation geschaffen.

Schloß Homburg als Wohnsitz des Kaisers? Wie die politischen Informationen hören, ist beabsichtigt, Kaiser Wilhelm Schloß Homburg für später als Wohnsitz in Deutschland zuzurufen. Schloß Homburg ist nach den Grundsätzen, die im Entwurf über die Auseinandersetzung zwischen der Krone und Preußen aufgestellt sind, nicht Eigentum des Kaisers, sondern gehört dem Staat. Die Reichslage ist hier insofern klar, als die Schlösser im Rheinland und in den neuen Provinzen von jeher der Krone vom Staate nur zur Benutzung übergeben waren.

Elßaß-Lothringen.

Die Eisenbahner in Lothringen streiken, um die Entfernung von Beamten, die schwach gegen das Deutsche Vorgehen, durchzusetzen. Sie verlangen, daß die höheren Beamten auch die deutsche Sprache beherrschen müssen. Durch den Streik ist die Verkehrslage ungemein erschwert. Die großen Durchgangszüge müssen mit luxemburgischem Personal gefahren werden. Der französische Minister Millerand ordnete an, daß eine Anzahl höherer Eisenbahnbeamten, die der deutschen Sprache mächtig sind, nach Elßaß-Lothringen versetzt werden sollen, um dem Wunsch der deutschsprachigen Eisenbahnbeamten nachzukommen. Millerand ist bestrebt, mit den Eisenbahnbeamten zu verhandeln, damit der Verkehr wieder aufgenommen werden kann.

Deutsch-Österreich.

Kabinettskrise. Für die nächste Zeit sind Änderungen im Kabinett zu erwarten. Der Staatssekretär des Außen, Dr. Renner, dürfte von seinem Posten zurücktreten. Ebenso wird mit dem Rücktritt des Ministers des Innern und des Ernährungsministers gerechnet.

Gegen einen österreichisch-süddeutschen Sonderstaat. Im „Deutschen Volksblatt“ erklärt der Herausgeber Prof. Hugelmann, die Nachricht über angebliche Bestrebungen zur Bildung eines katholischen zentral-europäischen Staatengebildes unter Einflußnahme der deutschen Katholiken und der Christlich-Sozialen Partei für falsch: „Gerade die deutschen Katholiken erkennen dem Katholizismus in der Gegenwart eine viel höhere Mission zu. Er nehme an, im Sinne der Christlich-Sozialen zu sprechen, wenn er jeden Zusammenhang mit den Machenschaften für eine süddeutsche Kombination mit Entschiedenheit ablehne. Wenn wir — so sagt er — wie bisher unbeugsam an unserem Vaterland Deutschland festhalten, so tun wir es nicht nur als Deutsche, sondern auch um unseres christlichen Gewissens willen.“

Amerikanische Jugendfürsorge.

Mitte September findet in Prag ein Kongreß aller amerikanischen Missionen statt, die sich mit der Kinderfürsorge in Europa befassen. Aufgabe des Kongresses wird es sein, einen Plan für die Beförderung der Jugend für das nächste Jahr auszuarbeiten.

Die telephonischen Nachrichten des D-Büros sind ausbleiben.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. veröffentlicht im Anzeigenteil eine Bekanntmachung über den Verkehr Limburg—Wiesbaden—Frankfurt.

Der Nassauische Fortbildungsschulverein. Nach dem „Nass. Gewerbeblatt“ ist nach einer im August zu Weilburg abgehaltenen Gründungsverammlung eine Vereinigung der Nassauischen Fortbildungsschullehrer mit einer Mitgliederzahl von zunächst etlichen 100 Gewerbeschulmännern unter dem Na-

